

Mitgliederversammlung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Romani Rose als Vorsitzender wiedergewählt – Wichtige Weichenstellungen für die Zukunft beschlossen

Die Mitgliedsverbände des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma stellten im Rahmen der Verbandstagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll die Weichen für die Arbeit der kommenden Jahre. Romani Rose, der den Zentralrat 1982 mitgegründet hatte, wurde als Vorsitzender der größten Selbstorganisation der Minderheit wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Dotschy Reinhardt, die Vorsitzende des Landesrats Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg, und Arnold Weiß, der Erste Vorsitzende des Landesvereins der Sinti in Hamburg, gewählt. Mit der 48-jährigen Berlinerin wurde erstmals eine Frau zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Amtszeit des neuen Vorstands beträgt vier Jahre. Die Mitgliederversammlung sprach den nun ausgeschiedenen, langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden Jacques Delfeld Sr. (Rheinland-Pfalz) und Matthäus Weiß (Schleswig-Holstein) Anerkennung und Dank für ihr jahrzehntelanges Engagement in der Bürgerrechtsarbeit des Zentralrats aus.

Rose drückte nach der Wahl seine Sorge über aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen aus: „Die Feinde der Demokratie träumen immer offener von der Renaissance eines völkischen Staates und planen wieder die Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland. Das muss unsere gesamte Gesellschaft wachrütteln. Der Rechtsextremismus richtet sich nicht nur gegen Minderheiten, sondern stellt eine Gefahr für den seit 80 Jahren währenden inneren und äußeren Frieden in unserem Land dar.“

Auch forderte die Mitgliederversammlung Bundesinnenministerin Faeser auf, die seit 2018 laufenden Verhandlungen für einen Staatsvertrag der Bundesregierung mit dem Zentralrat nicht weiter zu blockieren.

Die stellvertretende Vorsitzende Dotschy Reinhardt betonte: „Das Bundesinnenministerium darf sich der berechtigten Erwartung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma nicht weiter verschließen und den Abschluss eines Staatsvertrags verhindern. Bundesinnenministerin Faeser ist gefordert, die Gespräche jetzt wiederaufzunehmen. Die Bundesregierung darf uns nicht länger die Anerkennung und Gleichstellung mit anderen nationalen Minderheiten in Deutschland verweigern.“

Darüber hinaus hebt die Mitgliederversammlung die Bedeutung des Neubaus des Dokumentations- und Kulturzentrums in Heidelberg für Sinti und Roma hervor. Oswald Marschall, der stellvertretende Vorsitzende des Dokumentationszentrums: „Wir hoffen, dass es uns gelingt, gemeinsam mit der Bundes- und Landespolitik die Voraussetzungen zu schaffen, um den angestrebten Baubeginn des Erweiterungsbaus im Jahr 2025 sicherzustellen.“ Deshalb appellierte die Mitgliederversammlung an die Bundesregierung und die Landesregierung Baden-Württemberg, die notwendigen Haushaltsmittel für das Bauvorhaben bereitzustellen.